

## Ohne ÖPNV keine Mobilitätswende

**Der Schleswig-Holsteinische Landkreistag kritisiert die heute bekannt gewordenen Pläne zur Streichung von Verbindungen im schienengebundenen Nahverkehr und befürchtet weitere Einschnitte im ÖPNV.**

*„Es zeigt sich, dass Bund und Länder offenbar nicht ausreichend Vorsorge betrieben haben, um den SPNV und ÖPNV durch ein gutes Angebot zu einer echten Alternative zum Auto zu machen.“*, so kommentiert **Dr. Sönke E. Schulz**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, die Pläne der Landesregierung zur Ausdünnung von Fahrplänen aufgrund fehlender Bundesmittel.

Die Kreise hätten immer darauf hingewiesen, dass noch so wünschenswerte Tarifmaßnahmen wie das Deutschland-Ticket, wenn das Geld nicht reicht, am Ende zu Lasten des Angebots gehen würden. *„Dies trifft den ländlichen Raum besonders hart. In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein sind erhebliche Investitionen erforderlich, um eine gute ÖPNV-Anbindung zu gewährleisten.“*, so **Schulz** weiter.

Leider sei absehbar, dass die nun vorgestellten Kürzungen nur der erste Schritt sind. *„Angesichts der Haushaltslage von Bund und Ländern ist zu befürchten, dass auch die Mittel, die das Land an die Kreise und kreisfreien Städte weiterleitet, im Zuge der Haushaltskonsolidierung des Landes demnächst gekürzt werden.“* Da die kommunalen Haushalte ebenfalls zunehmend unter Druck geraten, wird es nicht überall möglich sein, die entstehenden Lücken durch die Kreise zu schließen. *„Dann werden auch wir Verkehre abbestellen müssen und Linien ausdünnen.“*, äußert **Schulz** die Sorgen der Kreise.

*„Wer Mobilitätswende will, muss auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Neben Angebotserweiterungen muss auch in die Infrastruktur investiert werden.“* Die EU verlange den vollständigen Umstieg auf klimaneutrale Antriebe im ÖPNV; finanziell hinterlegt sei dies nicht. Hier sehe man nicht nur das Verkehrsministerium, sondern auch das Energiewende- und Klimaschutzministerium in der Pflicht.

Abschließend sagte **Schulz**: *„In Zeiten knapper Kassen muss genau abgewogen werden. Unseres Erachtens ist es der falsche Weg, am ÖPNV zu sparen.“* Parallel sollen die Kreise verpflichtet werden, zusätzlich zu den ohnehin vorhandenen Nahverkehrsplänen sog. „Mobilitätspläne“ zu erstellen. *„Pläne, die am Ende mangels finanzieller Mittel in der Schublade landen, helfen niemanden. Diese Mittel sind sicher besser angelegt, wenn man in einen Ausbau oder zumindest den Erhalt bestehender Verbindungen investiert.“*